Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,350.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 72. Sonnabend den 13. März 1886. 80. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 14. März, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die jährlich vom Thomanerchor und dem Stadtorchester bewirkte Aufführung einer Passionsmusik, welche früher am Charfreitag, in den letzten Jahren am Palmsonntag stattfand, wird von nun an als musikalische Einleitungsfeier zur Passionszeit und zwar in diesem Jahre in der **Peterskirche am Sonntag Invocavit, den 14. März, Nachmittags 3 Uhr,** abgehalten werden.

Zur Aufführung kommt hier zum ersten Male **Friedrich Kiel's Requiem in As dur.**

Der Eintritt ist **unentgeltlich.**

Leipzig, den 6. März 1886.

Die Kircheninspection für Leipzig.

Der Superintendent. Pank. **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Georgi. Kretschmer.

Den Herren Professoren, Docenten und übrigen Mitgliedern unserer Universität theile ich hierdurch mit, daß zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des deutschen Kaisers **Montag, den 22. dss. Mts., Nachmittags 3 Uhr** ein Festmahl im Krystallpalast stattfinden wird, zu welchem Tafelmarken à 4 ℳ bis zum Mittag des 21. dss. Mts. auf der Kanzlatur im Rathhause ausgegeben werden.

Leipzig, am 13. März 1886.

Der Rector der Universität
Dr. H. Zirkel.

Bekanntmachung.

Da es wiederholt vorgekommen ist, daß entgegen den bestehenden Bestimmungen **elektrische Leitungen** ohne Genehmigung hergestellt und in Betrieb gesetzt worden sind, so bringen wir unsere Bekanntmachung vom 22. November 1883 hierdurch in Erinnerung, wonach derjenige, welcher eine elektrische Leitung **ohne** die in der Ministerialverordnung vom 12. October 1883 vorgeschriebene **polizeiliche Genehmigung** herstellt oder benutzt, eine Geldstrafe bis zu **150 Mark** oder entsprechende Haftstrafe zu gewärtigen hat und bemerken hierbei, daß wir jede zu unserer Kenntniß gelangende Zuwiderhandlung gegen die betreffenden Vorschriften unnachsichtlich ahnden werden.

Leipzig, am 6. März 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hennig.

Bei dem unterzeichneten Polizei-Amte sind in nächster Zeit einige **Schutzmanns-Stellen** zu besetzen.

Bewerber müssen im stehenden Heere gedient und die Unteroffiziers-Charge erreicht haben; sie müssen körperlich tüchtig und mindestens 170 Centimeter groß sein, auch ausreichende geistige Befähigung durch abzulegende Prüfung nachweisen. Des Weiteren müssen sie sich über vollständige Unbescholtenheit glaubhaft ausweisen können, dürfen auch das 35. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Den Gesuchen sind ein selbstgeschriebener Lebenslauf und die hiernach erforderten Zeugnisse in Abschrift beizufügen.

Leipzig, am 11. März 1886.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider.

Versteigerung.

Montag, den 15. März 1886 von Vorm. 10 Uhr ab und folgenden Tag soll im Gasthofe zu Neustadt

eine aus circa 3500 Bänden bestehende **Leihbibliothek** in einzelnen Werken

meistbietend gegen Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 10. März 1886.

Steinbeck, Gerichtsvollzieher.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche von Delitzsch Band XIV. Blatt 466 auf den Namen des Kaufmanns **Johann Friedrich Schroeter** zu **Delitzsch** eingetragene, in der Lindenstraße unter Nr. 516 b hierselbst belegene Hausgrundstück mit geräumigem Hofraume, Garten und Seitengebäuden, in denen bis dahin eine Cigarrenfabrik im großen Umfange betrieben, soll auf Antrag der Ehefrau des Kaufmanns **Karl Bonstedt, Anna** geb. **Schroeter** zu **Halle** a/S. zum Zwecke der Auseinandersetzung unter den Miteigenthümern am 4. Mai 1886 Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte an Gerichtsstelle, Rathhaus, 1 Treppe, Zimmer Nr. 5, zwangsweise versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 1616 ℳ Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 5. Mai 1886 Vormittags 11 Uhr an Gerichtsstelle verkündet werden.

Delitzsch, den 27. Februar 1886.

Königliches Amtsgericht.

Nichtamtlicher Theil.

Nichts gelernt und nichts vergessen.

II.

* Unser gegenwärtiger Reichstag war von Anfang an dazu verurtheilt, daß ihm zwei verhängnißvolle Angebinde in die Wiege gelegt wurden, welche seiner Thätigkeit eine bestimmte Richtung geben mußten, von der man nicht wird sagen können, daß sie das Ansehen des Parlaments wesentlich gefördert habe. Es giebt bekanntlich einen übel beleumundeten Vogel, von dem man sagt, daß er seine Eier gern in Anderer Nester legt, und wir möchten nach den Erfahrungen, die bis jetzt gemacht worden sind, sagen, daß dieser Vogel bei der Taufe des deutschen Reichstages mit Gevatter gestanden hat.

Eins dieser unerfreulichen Angebinde besteht darin, daß unmittelbar nachdem der neugekrönte deutsche Kaiser aus Versailles zurückgekehrt war und den deutschen Reichstag eröffnet hatte, auch schon eine confessionelle Kampfpartei in der parlamentarischen Arena erschien, um gegen das neugeschaffene Reich zu Felde zu ziehen. Die katholische Centrumspartei begann ihre gefährliche Minirarbeit, von der sie, gestützt auf die Macht der römischen Hierarchie und der durch letztere seit länger als einem Jahrtausend bewirkten Knechtung der Gewissen, in den letzten fünfzehn Jahren auch nicht eine Stunde abgelassen hat. Daß in den Kämpfen gegen Oesterreich und gegen Frankreich das protestantische Haus der Hohenzollern Sieger geblieben und daß der König von Preußen sich die deutsche Kaiserkrone auf das Haupt setzen konnte, das, darüber wird sich Niemand täuschen, hat die Kreise, aus denen das Centrum hervorgegangen ist, aufs Tiefste verletzt, und ihr tödtlicher Haß begleitet seitdem das neue evangelische Kaiserreich. Ja, wenn ein katholischer, für die Jesuiten eingenommener Herrscher Kaiser von Deutschland geworden wäre, dann würde dem Reichstag jedenfalls die Existenz einer im parlamentarischen Leben der Völker so ganz abnormen, unter der Fahne angeblicher confessioneller Bedrückung kämpfenden und bei den geringfügigsten Anlässen oft wie rasend sich geberdenden Partei erspart geblieben sein. Wir haben nicht nöthig, an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen, sondern wollen lediglich darauf hinweisen, daß die Thätigkeit der Centrumspartei im Reichstage eine einzige lange Kette von offener und versteckter Feindseligkeit gegen die Stärkung und den Ausbau des Reiches ist; diese Thatsache wird nicht verändert dadurch, daß das Centrum hier und da auch einmal mit der Regierung stimmte, denn in solchen Fällen kam die Positionsschwenkung des Centrums nur dadurch zu Stande, daß die Partei Rücksicht zu nehmen hatte auf ihre ihr sonst blindlings folgenden Wähler und weil sie ihrer inneren Natur nach stets dabei sein wird, wenn es gilt, Fortschritte, wie die Gewerbefreiheit, zu beeinträchtigen und wieder zu beseitigen. In rein nationalen Fragen hat das Centrum stets seinen wahren Charakter herausgekehrt und seine Wortführer mögen noch so oft und so erregt dagegen protestiren, daß man ihren deutschen Patriotismus bezweifelt — die Thatsachen haben gelehrt, daß diese Zweifel nicht ohne Grund sind. Eine Partei, welche ihr Stichwort in hauptsächlichen Fragen nicht aus der eigenen gewissenhaften Ueberzeugung, die nur von des Reiches, des Vaterlandes Interessen dictirt ist, sondern von jenseits der Berge empfängt, kann ja auch füglich nicht patriotisch in dem Sinne sein, wie es gewöhnlich für nöthig angenommen wird. Wir haben es erst vor Kurzem wieder gesehen, in welcher Weise das Centrum nationale und römische Interessen verquickt und seine Entschließungen von der Berücksichtigung der letzteren abhängig macht; es geschah das bei Bewilligung der nothwendigen Einrichtungen in Kamerun, für die das Centrum nur zuzustimmen erklärte, wenn dort die Jesuiten ihren Einzug halten könnten.

Die traurige Eigenart der Centrumspartei hat aber dadurch ein besonderes Gepräge erhalten, daß in der Person ihres Führers zwei Seelen wohnen — die Seele des Jesuiten und diejenige des Welfen. Herr Windthorst hat es bekanntlich oft versichert, daß er noch wie vor den Herzog von Cumberland als seinen angestammten Herrscher betrachtet, und daß er die jetzige Ordnung der Dinge in Deutschland als zu Recht bestehend nicht anerkennt. Wären in dem Leiter der Centrumspartei nicht schon durch seine Stellung als fanatischer Römling alle Sympathien für das neue deutsche Reich erstickt, so würde seine nicht minder rabiate welfische Gesinnung das etwa Fehlende sicher ergänzen. Und mit dieser von solchem Manne geführten, leider numerisch sehr bedeutenden Centrumspartei müssen sich der Reichskanzler und die nationalen Parteien im Reichstage nun seit dessen Bestehen herumschlagen. Es wird sich ja zeigen müssen, ob die in neuester Zeit zwischen der preußischen Regierung und dem Vatican angebahnten Friedensverhandlungen zu einem bestimmten Resultate führen, das auch von Einfluß auf das Verhalten der Centrumspartei ist; wir glauben, daß, so lange Männer wie Windthorst in dieser Partei das Heft in den Händen haben, es zu keinem wirklichen Frieden, zu keiner wirklichen Versöhnung kommen wird.

Der deutsche Reichstag hat es aber nicht mit dieser einen antinationalen Partei allein zu thun, sondern ein zweites Kuckuksei ist ihm durch das Bestehen einer in den letzten Jahren immer mehr angewachsenen socialdemokratischen Fraction in das Nest gelegt worden. Auch diese Partei datirt ihre Entwickelung seit jener Zeit, wo der deutsche Einheitsdrang zum Durchbruch kam und durch die Hand des größten aller lebenden Staatsmänner in das richtige Fahrwasser geleitet wurde. Es ist noch unvergessen, wie schon während des Kampfes gegen Frankreich es nöthig war, dem gemeingefährlichen vaterlandslosen Treiben der Socialisten entgegenzutreten, indem eine Anzahl der damaligen socialdemokratischen Führer in sichere Verwahrung genommen werden mußte. Auch der socialdemokratischen Partei ist die Errichtung eines mächtigen deutschen Kaiserreichs von jeher ein Dorn im Auge gewesen, und aus ihrem einzigen Ziel, der socialdemokratischen Republik, haben die socialistischen Abgeordneten im Reichstag nie ein Hehl gemacht. Alles Bestehende soll nach Art der Pariser Commune umgestürzt werden, und natürlich muß da auch die monarchische Staatsgewalt mitsammt ihrem Grundpfeiler, dem stehenden Heer, beseitigt werden. Weil das aber nicht mit einem Male zu bewerkstelligen ist, zumal mit der Gewalt, weil eine zu große Macht auf der anderen Seite gegenüber steht und die Führer der Socialisten, wie Liebknecht, es schon empfunden haben, wie unangenehm es ist, wenn die Kugeln pfeifen, so gedenken diese Herren vorerst ihre Wünsche und Absichten mit Hilfe des demokratischen allgemeinen Wahlrechtes durchzusetzen. Herr Liebknecht hat dieser Tage in einer Berliner Arbeiterversammlung erklärt: „Er sei früher ein entschiedener Gegner des Parlamentarismus gewesen, habe sich aber überzeugen lassen, daß es kein besseres Agitationsmittel gebe als die Betheiligung an den Wahlen und an den Verhandlungen des Reichstags. Das allgemeine Wahlrecht sei zwar kein Zauberstab, aber ein Hammer, durch welchen das Volk geschmiedet werde, und mit diesem selben Hammer werde einst das Volk seine Ketten zerbrechen." Die ganze Thätigkeit der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag, der Charakter ihrer gesammten vielen Reden ist denn auch nur ein agitatorischer, auf außen berechneter. Die Interessen des deutschen Reiches sind dabei vollständig Nebensache, und wir sehen denn auch, daß in allen Fragen, wo es sich um die Stärkung des Reiches handelt, die Socialisten mit dem katholischen Centrum trotz der sonstigen Verschiedenheiten Hand in Hand gehen. Der Haß gegen den Reichskanzler und gegen Das, was dieser geschaffen, ist der gemeinsame Kitt beider intransigenten Parteien, so oft sich eben die Gelegenheit dazu darbietet, dem gemeinschaftlichen Bestreben, den Gegner zu schwächen, einen Ausdruck zu geben. Da steht der Umstand, daß die Socialisten die größten Kirchenfeinde sind, nicht im Geringsten im Wege — Beide, die Ultramontanen und die Socialdemokraten, ziehen brüderlich an einem Strange.

Welcher weitere Factor nun noch dazu kommt, um die gegenwärtige, so überaus betrübende und für das Gedeihen des Reiches nachtheilige Majoritätsbildung im Reichstag zu erzeugen und denjenigen Zustand herbeizuführen, welcher für alle wahrhaften Vaterlandsfreunde das größte Aergerniß bildet, das werden wir im nächsten Artikel darthun, der uns zugleich die Gelegenheit geben wird, das Wort, welches wir an die Spitze unserer Artikel gesetzt haben, klar zu beweisen.

Zur kirchenpolitischen Frage.

Seit dem Auftreten des Bischofs Kopp im Herrenhause fängt eine Bewegung an, sich Bahn zu brechen, welche die endgiltige Beseitigung des sogenannten Culturkampfs zum Ziele hat. Aber diese Bewegung hat mit Hindernissen zu kämpfen, und das Haupthinderniß liegt in der dominirenden Stellung, welche das Centrum im deutschen Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause einnimmt. Die Gewohnheit des Herrschens ist süß, und wer diese Süßigkeit gekostet hat, legt sie aus eigenem Antriebe nicht ab. Wir müssen deshalb dafür Sorge tragen, daß den Führern des Centrums diese Gewohnheit verleidet und daß sie aus der Stellung hinausgedrängt werden, welche sie sich durch den Kampf der letzten 14 Jahre erobert haben. Die Stellung des Centrums ist heute eine doppelte: zur einen Hälfte wurzelt sie in der Macht, welche der Clerus auf die Wähler ausübt, zur anderen in den demokratischen Formen, welche das Centrum angenommen hat. Die Herrschaft der Kirche über den Staat ist der Zweck, die Parteinahme in politischen Fragen für die Opposition ist das Mittel. Der Zweck ist dem Centrum so sehr Hauptsache, daß es seinetwegen das Mittel in Kauf nimmt, wenn es sich auch innerlich noch so sehr dagegen sträuben mag. Der Zusammenhang von Zweck und Mittel ist nicht immer aufrecht zu erhalten, wie der Abfall eines Theiles der Mitglieder des Centrums bei der letzten Abstimmung über das Socialistengesetz vor zwei Jahren bewiesen hat. Obwohl Windthorst die allmälige Ueberleitung in den gemeinrechtlichen Standpunct von dem des Ausnahmegesetzes als Richtschnur vorgeschrieben hatte, stellten seine Anträge bei der Abstimmung im Plenum des Reichstages, und die Geltungsdauer des Socialistengesetzes wurde um zwei Jahre verlängert. Wir stehen heute wieder vor derselben Lage. Auch in dieser Session hat Windthorst seine alten Anträge erneuert, und die Commission hat sie angenommen. Die „Nationalliberale Correspondenz" nimmt an, daß die Windthorst'schen Anträge im Reichstage dasselbe Schicksal haben werden wie vor zwei Jahren, daß also die Verlängerung des Gesetzes ohne Aenderung auf weitere zwei oder drei Jahre beschlossen werden wird. Wir wollen es hoffen, aber der Verlauf der Sache hängt davon ab, ob das Centrum sich von Windthorst trennt, oder ob es ihm auch ferner noch Heeresfolge zu leisten entschlossen ist. Der Abgeordnete und Freund Windthorst's v. Schorlemer-Alst hat die Möglichkeit einer Trennung dem Abgeordneten v. Eynern gegenüber spöttisch in Abrede gestellt mit derselben Ueberhebung, die dieser Parlamentarier auch nach anderer Richtung schon wiederholt zur Schau getragen hat: „Herr v. Eynern kann nicht verlangen, daß ich ihm darauf antworte; wir haben anderen Leuten, die mehr Bedeutung haben als er, bereits darauf geantwortet."

Das ist der Ton, welchen die Herren Windthorst und v. Schorlemer-Alst in die parlamentarischen Körperschaften eingeführt haben. Das eine Mal erklärt Herr von Schorlemer den Conservativen und den Ministern gegenüber, daß der Reichskanzler der einzige Kopf sei, der für sie Alle denke, das andere Mal verweigert er einem Abgeordneten die Antwort auf eine gestellte Anfrage, weil ihm der Frager nicht bedeutend genug erscheint. Gegen solche Ueberhebung müßte sich das ganze Haus wie ein Mann empören; denn wenn dieser Ton die Oberhand behält, kann der parlamentarische Anstand nicht bewahrt werden. Wer ist denn überhaupt in der Lage, seine Mitmenschen richtig zu taxiren, besonders diejenigen, mit denen er vereint dem gleichen Ziele zustrebt? Das Urtheil zu fällen über die Bedeutung eines Ministers oder eines Abgeordneten steht der öffentlichen Meinung, resp. den Wählern zu. Der Minister, welcher jene für sich hat, kann getrost die Angriffe der Opposition über sich ergehen lassen — in diesem Falle befindet sich Herr v. Goßler dem Abgeordneten v. Schorlemer-Alst gegenüber; und wenn die Wähler mit Herrn v. Eynern zufrieden sind und wenn die Partei sich seiner Führung anvertraut, so kann er das absprechende Urtheil des Herrn v. Schorlemer ruhig dem Superarbitrium seiner Wähler und seiner Parteigenossen im Hause überlassen. Aber gegen den Ton, welchen Herr v. Schorlemer im Abgeordnetenhause anstimmt, muß laut Widerspruch erhoben werden; derartige Ueberhebung mag einem Eugen Richter zu Gesicht stehen, ein Aristokrat wie Herr v. Schorlemer sollte sie unter seiner Würde halten, und wenn er dennoch die ihm durch die parlamentarischen Gewohnheiten gezogene Grenze überschreitet, so gebührt ihm dafür die ernsteste Zurückweisung aller Derjenigen, welchen die Aufrechthaltung des parlamentarischen Anstandes am Herzen liegt.

Die Vermischung von Politik und Religion ist Das, was die gesammte Thätigkeit der Centrumspartei so verderblich gestaltet, und gerade dieser Punct ist von den übrigen Parteien bisher nicht hinreichend beachtet worden. Es dürfte den Führern des Centrums niemals möglich sein, in anderen als kirchenpolitischen Fragen sich vorzudrängen, ohne daß man sie daran erinnerte, daß ihre Unbefangenheit in rein politischen Dingen angezweifelt werden müsse. Wie kommt Herr Windthorst dazu, sich als Anwalt der Socialdemokraten aufzuwerfen? Die Kirche ist doch wahrlich von dieser Partei so ablehnend wie möglich behandelt worden. Daß das Centrum nichts umsonst thut, das hat es doch oft genug bewiesen; es handelt sich bei dieser Partei immer um Leistung und Gegenleistung, um Gottes Willen thun die Herren vom Centrum nichts!

Auch in der Angelegenheit des Herrn v. Schalscha wegen seiner Zeugenvernehmung in der Münzaffaire war es wieder Windthorst, welcher als Anwalt seines Parteigenossen erschien und die Freiheit der Meinungsäußerung der Parlamentsmitglieder vertheidigte, welche jegliche Rechenschaftsforderung ausschlösse. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Herren vom Centrum auch auf das rein politische Gebiet in den deutschen Vertretungskörpern einen Einfluß gewonnen haben, der ihre gesammten Bestrebungen in einem ganz falschen Lichte erscheinen läßt. Wir sind dem Abgeordneten von Eynern sehr dankbar, daß er dem Abgeordneten Windthorst am Mittwoch die Wahrheit gesagt hat, daß er ihn vor dem ganzen Hause mit der Bezeichnung belegte, die ihm zukommt. Er ist in der That nichts Anderes als ein intransigenter Welfe, wie wir ihn kürzlich an dieser Stelle charakterisirt haben. Aber damit ist es nicht genug, die Rede des Herrn v. Eynern hat nur Werth als Anfang einer Agitation, welche von allen auf liberalem Standpunct stehenden Abgeordneten gegen diesen Störenfried und seine Gesinnungsgenossen in Fluß gebracht werden muß. Den 10 Millionen, auf welche sich Windthorst stützt, stehen in Preußen 18 Millionen gegenüber, welche die entgegengesetzten Wege wandeln. Wenn diese sich zusammenschaaren, um den unerträglichen Zwang abzuschütteln, welchen die angeblichen 10 Millionen auf die übrigen Wähler üben, dann kann das Centrum auf die Dauer als Partei nicht fortbestehen, es muß sich in seine Bestandtheile auflösen, und die Welfen mögen dann Herrn Windthorst als ihr Haupt im Triumph nach Hause führen.

Glücklicherweise ist im preußischen Abgeordnetenhause eine vom Centrum unabhängige Mehrheit vorhanden; diese Mehrheit gilt es in der rücksichtslosesten Form zur Geltung zu bringen. Solche Angriffe wie die, welche vom ehemaligen Leiter der katholischen Abtheilung des Cultusministeriums und von der katholischen Gemeinde in Wiesbaden wegen Mitbenutzung einer Kirche durch die Altkatholiken gegen den Cultusminister geschleudert worden sind, müssen die allerschärfste Zurückweisung erfahren; der Ton, welchen die Herren v. Eynern, Wehr und v. Zedlitz angeschlagen haben, ist der rechte, aber solche Reden bleiben noch viel zu vereinzelt, die nationalliberale Partei müßte ihren ganzen Heerbann aufbieten, um die Culturkämpfer vom Centrum zum Schweigen zu bringen; kein Antrag, der von dieser Seite kommt, dürfte Unterstützung bei anderen Parteien finden, das Centrum muß isolirt werden, es muß seinen Mitgliedern zum Bewußtsein kommen, daß ihre Berechtigung, als Partei aufzutreten, nicht mehr vorhanden ist; erst dann werden wir zu gesunden Zuständen kommen.

Leipzig, 13. März 1886.

* Wie telegraphisch gemeldet wurde, theilte die „Kölnische Volkszeitung" das im Februar d. J. abgefaßte Antwortschreiben der preußischen Bischöfe auf das päpstliche Schreiben vom 6. Januar d. J. mit; außer den zur Zeit in Preußen im Amt befindlichen preußischen Bischöfen haben es auch der Erzbischof von Freiburg für Hohenzollern, der Erzbischof von Prag und der Fürstbischof von Olmütz für die preußischen Antheile ihrer Diöcesen mit unterzeichnet. Das päpstliche Schreiben hatte betreffs der streitigen Fragen, namentlich der Vorbildung der Geistlichen die alten Forderungen der Kirche principiell aufrecht erhalten, daneben aber Wendungen gebraucht, welche nicht ausschließen würden, daß praktisch seitens der Curie in manchen Puncten nachgegeben würde. Die Antwort der Bischöfe lautet (wie wir der „National-Zeitung" entnehmen) unter Fortlassung der Eingangs- und Schlußsätze, die ohne Bedeutung sind, im Wesentlichen:

Tief bedauern wir mit Dir, heiligster Vater, daß der noch vor wenigen Jahren zum gemeinsamen Wohle der Kirche wie des Staates bestehende Friede durch unselige Gesetze gestört wurde, und tief beklagen wir die schweren Uebel, welche daraus für den Staat nicht minder als für die Kirche entstanden. Allerdings lindert unsere Trauer der Umstand, daß Geistlichkeit und Volk, welche uns anvertraut sind, die vorzüglichen Lobsprüche vollauf verdient haben, mit denen Du sie überhäufest, durch den ausgezeichneten Gehorsam und die Standhaftigkeit, womit sie in so vielen und schweren Gefahren und Versuchungen an der Kirche festhielten, und deren Sache auf sich nahmen und vertheidigten, ohne den den Fürsten gebührenden Gehorsam zu verletzen. Aber dieser Umstand kann unseren Schmerz nur lindern, nicht beseitigen. Denn sehr ist zu befürchten, daß die Ernte der schon fünfzehn Jahre hindurch wachsenden Saat täglich üppiger und verderblicher werde. Auch fehlt es nicht an sehr ernsten Gründen zur Besorgniß. Namentlich sind es zwei Uebel, welche uns die größte Furcht einflößen: die Sitten der Jugend, welche, da die religiöse Erziehung allzu sehr behindert war, vielen Orts bereits verderbt oder wenigstens in hohem Grade gefährdet sind, und die überaus traurige Lage der Arbeiter, deren Glaube und Religion unter dem Ansturm des wuchernden Socialismus sogar in katholischen Landestheilen heftig angegriffen und beschädigt wird.

Je mehr aber diese Uebel uns mit Schmerz und Besorgniß erfüllen, um so lieber und angenehmer war uns Dein Schreiben, in welchem mit apostolischer Sorge und Weisheit die Mittel bezeichnet werden, durch welche einzig der Weg zum wahren und dauerhaften Frieden und zur wirksamen Besserung der aus der Störung des Friedens entstandenen Uebel bereitet wird. Denn dieses Ziel haben alle Bestrebungen und Sorgen im Auge, welche Du vom Beginn Deines Pontificates an unablässig auf die Wiederherstellung der Eintracht verwandtest, keine Mühe zur endlichen Beseitigung der Hindernisse scheuend, welche der freien Verwaltung unserer Kirchen und der kirchlichen Erziehung der Diener des Altares nach den Vorschriften der kanonischen Satzungen noch entgegenstehen. . .

Recht und Gewalt der Regierung dieser Gesellschaft (der Kirche) aber steht nach dem heiligen und unverletzlichen Willen Christi bei Petrus und seinen Nachfolgern, den römischen Päpsten, und unter der Autorität und dem Primate Petri bei den Bischöfen in ihren einzelnen Kirchen; und nicht kann demgemäß von einer anderen als von der kirchlichen Gewalt bestimmt werden, nach welchen Gesetzen und in welcher Ordnung die Geistlichkeit zu lenken sei.

Dem entsprechend nehmen wir mit voller Unterwürfigkeit und freudigen Geistes alles an, was Du mit apostolischer Weisheit betreffs des Unterrichts, der Erziehung, der Auswahl und Leitung der Diener Gottes einschärfest, indem Du ganz besonders darauf abzielest, daß „unverletzt und frei das Recht der Bischöfe sei, auf dem Kampfplatz der Seminare die friedliche Heerschaar Christi heranzubilden, unverletzt ihr Recht, die Priester nach ihrem Ermessen auszuwählen, welchen sie die verschiedenen Aemter übertragen wollen, und ohne jedes Hinderniß ihr Hirtenamt in Frieden zu verwalten." Vor Allem jedoch bekennen wir mit Dir frei und

SLUB
Wir führen Wissen.